

Umverteilung

Umverteilung meint die Korrektur der Aufteilung materieller oder immaterieller Größen auf Individuen, Gruppen oder soziale Klassen in einer Gesellschaft. Strukturen und Mechanismen der (Um-)Verteilung prägen nicht nur die Wachstums- und Entwicklungsbedingungen der Ökonomie, sondern auch die soziale Qualität der Gesellschaft. In kapitalistischen Gesellschaften sind Verteilungsstruktur und -mechanismen zunächst durch die Funktionsprinzipien kapitalistischer Märkte geprägt. Die kapitalistische Eigentumsordnung erzeugt eine Aneignungsweise, in der den Besitzern der Produktionsmittel das Recht auf die private Aneignung der Wertschöpfung zugestanden wird. Diese so entstehende Verteilungsordnung führt zu einer systematischen Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen Lebenschancen zwischen den Klassen bzw. innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen sowie tendenziell zu einer Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen. Gleichwohl sind innerhalb dieser Grundstruktur verschiedene Entwicklungsvarianten möglich, über die in sozialen Kämpfen und politischen Aushandlungskonflikten entschieden wird.

Der westeuropäische sozialdemokratisch-keynesianische Wohlfahrtsstaat zielte u.a. auf die Korrektur der strukturell ungleichen, markt- und machtmittelten Verteilung durch Umverteilungspolitik. Gleiches galt für die Politik der Gewerkschaften, denen im Rahmen des wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromisses eine wichtige, oftmals institutionell abgesicherte Rolle zukam. Auch wenn der Wohlfahrtsstaat die Grundlagen der kapitalistischen Eigentums- und Aneignungsordnung unangetastet ließ, Frauen und MigrantInnen in der Arbeits- und Lebenswelt Gleichstellung vorenthielt und auf einem naturgefährdenden Wachstumsmodell beruhte, konnte er ansehnliche Umverteilungserfolge und → Sozialstandards realisieren. Seit Beginn der 1980er Jahre ist der Wohlfahrtsstaat durch die Strukturprobleme seines sozialökonomischen Entwicklungsmodells (»fordistisches Akkumulationsregime«), die konzeptionellen Defizite seiner Anhänger und die Offensive neoliberaler und neosozialdemokratischer Politiken in die Krise geraten. Beide Politikkonzepte treffen sich vor allem in dem Ziel, die Arbeitsmärkte zu deregulieren, die sozialen Sicherungssysteme für die Verwertungsinteressen der Finanzmarktakteure zu öffnen, verteilungsmächtige Gewerkschaften zu »bändigen« und die Institutionen der kollektiven Arbeitsbeziehungen zu schwächen. All das läuft auf die Auflösung der wohlfahrtsstaatlichen Verteilungs- und Klassenkompromisse und die Enteignung erkämpfter, sozia-

ler Eigentumsrechte der Lohnabhängigen hinaus. An die Stelle des Wohlfahrtsstaates tritt der kapital- und marktfördernde Wettbewerbsstaat. Und das alte Verteilungsregime wird durch eine neue Variante der »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey) ersetzt.

Die Perspektive einer linken, emanzipatorischen Politik kann sich nicht in der Verteidigung des traditionellen Wohlfahrtsstaates erschöpfen. Sie könnte in einem »neosolidarischen (Um-)Verteilungsregime« liegen, das sich auf vier Umverteilungsprojekte zu stützen hätte: *Erstens* auf die Neuverteilung sozial geschützter, gesellschaftlich sinnvoller, ökologisch verträglicher und geschlechterdemokratisch orientierter Erwerbsarbeit (→ Gute Arbeit). *Zweitens* auf die Umverteilung von Einkommen und Vermögen durch eine solidarische Einkommenspolitik der Gewerkschaften und eine soziale Steuer- und Abgabepolitik des Staates (z.B. über eine progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer). Die so generierten Finanzmittel sollten *drittens* in die Erneuerung bedarfsorientierter Sozialsysteme sowie in ein umfassendes Angebot an öffentlichen Gütern (in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Mobilität, Kommunikation sowie familiäre Reproduktion) investiert werden, die ohne soziale Zugangsschranken zugänglich sein müssten. *Viertens* ginge es um eine Reduzierung und Neuverteilung des Naturverbrauches vor allem zwischen den kapitalistischen Metropolen und den anderen Weltregionen, verbunden mit der Erneuerung der energetischen Grundlage des Wirtschaftens.

Für die Realisierung eines solchen Umverteilungsregimes bleiben national organisierte Gewerkschaften und Nationalstaaten unverzichtbare Schlüssellakteure. Gleichwohl gilt es die Grenzen nationalstaatlich begrenzter Politikkonzepte zu überwinden. Im globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus müssen Lebenschancen transnational neu verteilt und über globale Regulierungsstrukturen (»Global Governance«) institutionell fixiert und gesichert werden. Das setzt die Überwindung der »Akkumulation durch Enteignung« und die Umstellung von Produktion und Konsum auf ein ökologisch verträgliches Entwicklungsmodell voraus. Damit weist ein solches Projekt über die finanzkapitalistische Aneignungs- und Entwicklungsordnung der Gegenwart hinaus.

Hans-Jürgen Urban

Zum Weiterlesen

Altwater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, Münster.

Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus, Hamburg.

Urban, Hans-Jürgen (2004): Ktivierung und Eigenverantwortung. Stützpfiler einer neuen Wohlfahrtsarchitektur?, in: WSI Mitteilungen, H. 9, S. 467-473.